

Pflegeleistung durch pflegende Angehörige

Klausurtagung "Freie Wähler" 20.05.2022

Angehörige spielen in allen Bereichen der Pflege eine wichtige Rolle. Auf ihre Pflege- und Sorgeleistung stützt sich "die Pflege" in Deutschland.

Angehörige fast jeden Alters pflegen und begleiten Pflegebedürftige jeden Alters.

Angehörigenpflege hat also nichts mit Alter zu tun! Sie werden von Politik und Gesellschaft ganz selbstverständlich als diejenigen nahestehenden Mitmenschen gesehen, die unentgeltlich zu 80,2 % (Destatis 2021) die Pflege und Sorgearbeit in Deutschland leisten. Im wesentlichen sind das Frauen.

Unser Pflegesystem basiert unreformiert noch immer auf den Grundlagen des 19. Jahrhunderts: In Vater-Mutter-Kind-Ehen mit Trauschein sorgen Männer für den Lebensunterhalt. Frauen ziehen Kinder groß und pflegen. Da hat sich wohl in den letzten 1 1/2 Jahrhunderten einiges geändert...

Unter welchen Rahmenbedingungen arbeiten Pflegende Angehörige heute?

Pflegende Angehörige haben keinen Rechtsstatus. Unter anderem auf Grund der §§1618a und 1353 BGB sind Kinder, Eltern und Ehepartner dazu verpflichtet, Pflege- und Sorgearbeit subsidiär für Pflegebedürftige zu erbringen. Es gibt keinen Kostenträger, der explizit für die Refinanzierung von Angehörigenpflege zuständig ist, sie muss unentgeltlich erbracht werden.

Was ist, wenn jemand keine Kinder und keinen Partner mit Trauschein hat? Was ist, wenn Geschwister, ein Onkel oder Großeltern pflegebedürftig sind? Niemand ist dann rechtlich verpflichtet, sich zu kümmern. Dieses Thema gehört dringend behandelt.

Es gibt keine rechtsverbindliche Definition des Begriffs "Pflegende/r Angehörige/r". Nur eine von Pflegekassen anerkannte Pflegeperson hat einen rechtlich verankerten Status und kann über die Verwendung von Pflegegeld mitentscheiden.

Das Pflegegeld ist primär zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung eines Versicherungsnehmers, also des Pflegebedürftigen gedacht. Es ist nicht zur Finanzierung des Lebensunterhaltes eines Angehörigen bestimmt. Ein finanzieller Leistungsausgleich für diesen ist bislang nicht vorgesehen. Auch professionell Pflegende sind neben ihrer beruflichen Pflegetätigkeit privat oft noch pflegende Angehörige. Professionelle Pflege ist ein Beruf, den man zur Sicherung des Lebensunterhaltes ergreift. Privat aber sind wir alle, berufs- und altersunabhängig, potentielle Pflegende Angehörige.

Was muss sich verändern?

- Um eine Pflege durch Angehörige auch künftig noch zu ermöglichen, müssen **klare rechtliche Rahmenbedingungen** geschaffen werden.
- Eine **rechtsichere, verbindliche Begriffsdefinition von "pflegende/r Angehörige/r"** muss erstellt werden. Es muss festgelegt werden, welche Personen mit welchen Rechten und Pflichten dazu gehören und in welchem rechtlichen Verhältnis informell Pflegende und Pflegebedürftige zueinander stehen sollen.

- Der **Rechtsstatus** pflegender Angehöriger bspw. in der **ambulanten, der teilstationären und der stationären Pflege** muss geklärt und rechtsverbindlich festgeschrieben werden. Nicht alle Angehörigen sind rechtlich bevollmächtigt. Welchen Status haben sie dann?
- Eine **rechtsverbindliche Tätigkeits-/Arbeitsplatzbeschreibung** muss erstellt werden. Es muss geklärt und definiert werden, welche Tätigkeiten zum Aufgabenbereich von Pflege, Fürsorge und Begleitung eines nahestehenden Pflegebedürftigen gehören. Es muss geklärt werden, unter welchen **zeitlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen** Angehörigenpflege stattfinden soll. Eine 24 Stunden Präsenz an 7 Tagen in der Woche und 365 Tagen im Jahr kann nicht sichergestellt und erwartet werden. Es kann auch nicht erwartet werden, dass Angehörige in der Nähe eines Pflegebedürftigen oder in der selben Wohnung leben.
- Pflegende Angehörige müssen einen **Rechtsanspruch auf einen finanziellen Leistungsausgleich** für ihre Arbeit erhalten. Es gibt bislang keinen Kostenträger und keine rechtlichen Rahmen dafür. Das muss geändert werden. Wie sollen vor allem Frauen finanzielle Altersvorsorge betreiben, wenn sie für ihre Pfl egetätigkeit keinen finanziellen Leistungsausgleich bekommen?
- Pflegende Angehörige brauchen **Rahmenbedingungen und Dienstleistungsangebote**, die sich nach den **Bedarfen von Pflegenden und Pflegebedürftigen** richten. Dazu gehört beispielsweise der **Rechtsanspruch auf einen planbaren, verlässlichen Kurzzeit- und/oder einen Tagespflegeplatz**. Dieser Anspruch darf nicht nur auf dem Papier bestehen, er muss in der Alltagsrealität umsetzbar sein.
Wichtig sind **passgenaue Dienstleistungsangebote** wie professionelle Pflegeunterstützung und hauswirtschaftliche Hilfe.
Weiter muss eine **individuelle, niedrigschwellige, kurzfristig erhältliche und wohnortnahe Pflegeberatung** sichergestellt sein.
- Wichtig ist auch die Einrichtung eines **Krisentelefon**s, über das jederzeit Unterstützung angefragt werden kann im Sinne eines "**Pflege ADAC**". Gerade unter Coronabedingungen war diese Frage drängender denn je: Was soll ich tun, wenn ich coronapositiv bin? Wer versorgt dann meinen Angehörigen?
- Es wird viel "**für**" und "**über**" pflegende Angehörige gesprochen, geforscht, gehandelt und entschieden. Pflegende Angehörige werden als "Laien" bezeichnet. Das muss sich ändern. Künftig muss die **Erfahrung von Angehörigen als Ressource und Expertise** gesehen und einbezogen werden in die Gestaltung der Rahmenbedingungen von Angehörigenpflege.
- Angehörige müssen dabei unterstützt werden, eine **Lobby für ihre Interessen** zu bilden. In **kommunalen Pflegebeiräten** beispielsweise sollten sie ihre Alltagsexpertise vor Ort einbringen und für die Gemeinschaft nutzbar machen können.
- Die **Vereinbarkeit von Pflege und Beruf** muss gewährleistet werden.
Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine flexible und gendergerechte Aufteilung der Sorgearbeit ermöglichen.

Was erwarten Pflegende Angehörige von der Politik?

- Pflegende Angehörige müssen **gleichberechtigte Partner in der Pflege** werden und sein. Durch Informationsausgleich müssen sie **an Entscheidungen beteiligt werden**. Sie müssen Rahmenbedingungen in der Pflege mitgestalten können.
- Angehörige und ihre Pflegebedürftigen müssen **inklusiv** an allen gesellschaftlichen Ereignissen teilhaben können.
- Organisation und Koordination der Pflege ist in die **Verantwortung der Kommunen** zu übertragen.
- Über die Bewertungen bei der Einstufung durch den **Medizinischen Dienst muss Transparenz** hergestellt werden. Angehörige müssen in die Bewertungserstellung mit einbezogen werden.
- Pflegende Angehörige müssen bei allen ihre Pflgetätigkeit betreffenden Entscheidungen ein **Mitspracherecht** erhalten. **Angehörigenkompetenz muss als wesentliche Ressource mit in Beratungsangebote** einfließen.
- Pflegende Angehörige müssen **Zugang zu für ihre Arbeit relevanten Informationen** erhalten. Den Zugang benötigen sie, um ihre Pflege- und Sorgearbeit passgenau organisieren zu können. **Das betrifft auch die Überprüfung der Verwendung finanzieller Mittel durch professionelle Leistungserbringer.**

Zusammenfassung

Die **Vielfachbelastung** Pflegender Angehöriger durch Familie, Kindererziehung, Beruf und Pflege darf **nicht zu einer existenz- und gesundheitsgefährdender Benachteiligung** führen.

Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit, der Abbau und die Vermeidung von Stressbelastung, finanzieller Ausgleich für geleistete Betreuungsarbeit sowie Rentenabsicherung sind hierzu erforderlich.

Es muss ein **Ausgleich des Wertes von professioneller und informeller Pflege** stattfinden.

Angehörigenpflege ist kein Hobby oder irgendeine wertlose Nebentätigkeit.

Solidarische Verantwortung und ehrenamtliches Tätigwerden wird stillschweigend erwartet.

Die **veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen** aber lassen eine **Berufspause ohne Einkommen und Sozialabgaben nicht mehr zu**.

Unterstützungsangebote müssen **wohnortnah, individuell, bedarfsorientiert und niedrigschwellig** gestaltet sein. Sie müssen **jederzeit verlässlich in Anspruch genommen** werden können.

Eine **realitätsorientierte Thematisierung der Angehörigenpflege** auf **Bundes- und Länderebene**, möglichst im Rahmen von **Enquete-Kommissionen** erscheint angesichts der **gesellschaftlichen Relevanz und Brisanz** des Themas für dringend geboten.

Letztendlich muss die Frage geklärt werden:

Wo ist die rote Linie der Subsidiarität, wo muss diese Linie in der Pflege gezogen werden?

Brigitte Bührlen

München, 20.05.2022